



Jens Oboth beschäftigt sich in seinem Artikel mit den Anfängen der pax christi-Geschichte und richtet sein Augenmerk auf die Menschen, die pax christi in Deutschland gründeten. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 22/23.

Mit Kampfdrohnen zum Gerechten Frieden?

Die Zeitschrift Wissenschaft & Frieden veröffentlicht Dossier der pax christi-Kommission Friedenspolitik

Kampfdrohnen und Killerroboter als Mittel zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit? Dieses Verständnis muten Sicherheitspolitiker*innen der interessierten Öffentlichkeit zu, wenn sie die Ausrüstung des Militärs mit Kampfdrohnen befürworten. Die kriegsethische Problematik hat sich mit der Entwicklung, Verbreitung und Verwendung der militärischen Drohnentechnologie, zu der in absehbarer Zeit auch Killerroboter gehören könnten, tiefgehend verändert. Damit stellt sich die Frage ethischer Vertretbarkeit von militärischer Gewalt grundlegend neu.



Bestellungen von Dossier 89 im pax christi-Sekretariat sekretariat@paxchristi.de

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg Titelfoto Margaret Buslay Gesamtherstellung Eva Begemann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser*innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser*innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e.V., Feldstr. 4, 13355 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert) Redaktionsschluss für die Ausgabe 04_2020: 08.10.2020

Beilage: Postkarte der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" zur Aktionswoche "Frieden beginnt hier! Rüstungsexportkontrollgesetz Jetzt"; Flyer der Ökumenischen Friedensdekade; Postkarte "Unter18nie"

Fditorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Aktive Gewaltfreiheit ist der Kern unseres politischen Handelns für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen. So steht es im Beschluss der Delegiertenversammlung 2016 zum Selbstverständnis der pax christi-Bewegung. Drei Jahre später konnten wir – mit Unterstützung von MISEREOR – für zwei Jahre ein Projektreferat "Aktive Gewaltfreiheit" einrichten. Diese pax_zeit beleuchtet einige Facetten der Projektarbeit.

Wie sich Gewaltfreiheit aktiv fördern lässt, beschreibt die Projektreferentin Rebecca Burkert selbst. Perspektiven zum Gerechten Frieden reflektiert Fabian Sieber. Unterschiedliche Perspektiven auf die Ultima Ratio diskutieren zwei pax christi-Friedensarbeiter*innen mit einem Referenten aus dem Verteidigungsministerium. Ein Fachmann für Kommunikation aus pax christi Ravensburg empfiehlt, Dialog mal anders zu denken, um dabei zu besserer Verständigung zu kommen. Ein Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats widmet seinen Beitrag der Entwicklung des Völkerrechts.

Unter den Vorzeichen der Corona-Pandemie stehen drei Artikel, die auf den Missbrauch der Krise durch Rechtspopulisten, auf Kolumbien und auf fehlende Solidarität schauen. Unseren Blick auf die Anfänge der pax christi-Geschichte weitet Dr. Jens Oboth mit seinen Informationen.

Neben vielen weiteren Hinweisen über aktuelle Mitmachaktionen und das Profil des pax christi-Diözesanverbandes Freiburg, die in diesem Heft zu finden sind, möchte ich auf ein wichtiges Ereignis hinweisen, das nicht im Heft steht: nämlich auf das "Wort der deutschen Bischöfe zum Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren".

Jener Text gesteht die Mitschuld der katholischen Bischöfe während des II. Weltkrieges ein. Seit Jahrzehnten hat pax christi Informationen dazu gegeben und klare Worte der Bischöfe gefordert. Die authentische Stimme dafür war Heinrich Missalla, der frühere Geistliche Beirat. Ich lade Sie ein, Missallas letzten Brief auf der pax christi-Homepage nachzulesen, mit dem er kurz vor seinem Tod erneut an die Bischöfe appellierte, die kirchliche Unterstützung des Hitler-Krieges nicht zu verschweigen.

Inspirierende Lektüre der pax_zeit und auf www.paxchristi.de wünscht

Christine Hoffmann

Inhalt

gewaltfrei wirkt.

Seite 4

Aktive Gewaltfreiheit

Rebecca Burkert

Seite 6

Wer hat eigentlich das irrige Gewissen?

Fabian Sieber

Seite 8

Ultima ratio

Rebecca Burkert, Florian J. Schreiner, Jana Freudenberger und Daniel M. Untch

Seite 12

Es scheint einfacher, wenn man einen Gegner hat

Alexander Dieter Myhsok und Anna Jäger

Seite 14

Von der Souveränität zur Solidarität

Hans-Joachim Heintze

Seite 16

Gefahr für die Demokratie

Manjana Sold

Seite 18

Gewaltfrei aktiv in Kolumbien

Margaret Buslay

Seite 20

Solidarität in der Krise

Michelle Becka

Seite 22

Die pax christi-Anfänge

Dr. Jens Oboth

Seite 24

Aktionen zum Mitmachen

Meldungen

Seite 25

Meldungen aus den Kommissionen und Kampagnen

Odilo Metzler

Seite 25

Einladung zur Delegiertenversammlung

Seite 25

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Diözesanverbände im Profil

Seite 26

pax christi in der Diözese Freiburg

Josef Roberg

Glaube Perspektive

Seite 27

gewaltfrei machtlos?

Klaus Beurle



"Wir sind nicht alle, es fehlen die Getöteten"

Dieses Schild trägt die junge Frau auf der Kundgebung in Kolumbien, die Sie auf der Titelseite dieses Heftes sehen. Bei einer Solidaritätsreise hörte die Sprecherin der pax christi-Kommission "Solidarität Eine Welt" unzählige Berichte über Bedrohung von Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen und von ihrer Ermordung.

Lesen Sie mehr auf den Seiten 18/19.





















Aktive Gewaltfreiheit

Wie bringen wir sie voran?

Rebecca Burkert

Die internationale Sicherheitsarchitektur ist ins Wanken geraten.

Der INF-Vertrag wurde im vergangenen Jahr durch die Aufkündigung seitens der USA außer Kraft gesetzt, in der Ukraine wurden durch Russland erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg wieder gewaltsam die Grenzen auf dem europäischen Kontinent verschoben, China steigt zur Militärgroßmacht auf und der Ausbau moderner Waffentechnologien, hybride Kriegsführung und Massenflucht kennzeichnen unsere Zeit.

Deutschlands Beteiligung am Großmanöver DEFENDER, dem aufwändigsten NATO-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges, steht sinnbildlich für die deutsche Position inmitten eines globalen Konfrontations- und Rüstungswettlaufs. Während immer mehr Menschen wegen Krieg, Armut und Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen auf der Flucht sind, werden für militärische Aufrüstung Mittel und Ressourcen verschlungen, die für soziale und ökologische Aufgaben schmerzlich fehlen.

Während überall auf dem Kontinent Menschen gegen die lebensbedrohende Umweltzerstörung durch den Klimawandel, für die Verteidigung ihrer Freiheitsrechte und eine gerechte Ressourcenverteilung demonstrieren, begegnen ihnen Regierungen mit Einschüchterung, Restriktionen und Gewalt.

Shrinking Space - Was passiert mit der Zivilgesellschaft?

Die Zivilgesellschaft als Kern einer kritischen Öffentlichkeit bildet Meinung, organisiert, gestaltet mit und fordert ein. Obwohl die weltweiten Proteste der Fridays-for-Future-Bewegung des vergangenen Jahres ein vermeintlich anderes Bild zeichnen, wird der zivilgesellschaftliche Einsatz unter vielen Regierungen immer riskanter.

"Shrinking Space", der zunehmend eingeschränkte Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft, wird zur globalen Herausforderung unserer Zeit. Zivilgesellschaftliches Handeln wird durch gezielte Regierungsmaßnahmen, Drohungen und Delegitimisierungskampagnen zu untergraben versucht: sei es in der Türkei, Brasilien, Israel/Palästina, Hongkong oder Kolumbien, um nur einige Beispiele aufzuzählen. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten werden kriminalisiert, "unbequeme" Menschenrechtsaktivist*innen diffamiert, gezielt in ihrer Arbeit behindert und eingeschüchtert. In vielen Ländern erfahren sie Gewalt.

Wir müssen nicht so weit ins Ausland blicken

Auch in Deutschland schrumpft zivilgesellschaftlicher Handlungsspielraum. Man denke an den 2019 vom Deutschen Bundestag angenommenen Antrag "BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen", der die Durchführung von Veranstaltungen, die sich kritisch mit























Dem pax christi-Aufruf zum "Virtuellen Ostermarsch" sind zahlreiche Mitglieder gefolgt

israelischer Regierungspolitik auseinandersetzen, beispielsweise dadurch erschwert, dass Organisator*innen häufig keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung gestellt werden. Man denke auch an die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der globalisierungskritischen Organisation Attac, der "Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger". Die Aberkennung hatte nicht nur zu großer Unruhe unter Vereinen und Nichtregierungsorganisationen insgesamt geführt, sondern auch zur Gründung der "Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung". Dieser gehören heute mehr als 175 Gruppen an, die auch hierzulande die schrittweise Verdrängung von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem gesellschaftspolitischen Raum befürchten.

Welche Handlungsspielräume hat die Friedensbewegung in diesem Status quo?

Nicht nur unterstützt pax christi lokale Partnerorganisationen, die sich trotz des schrumpfenden Raumes für zivilgesellschaftliche Aktivitäten in ihren Ländern, für die Rechte der Frau, die Einhaltung von Menschen- und Völkerrecht oder eine gerechte Verteilung stark machen, sondern auch in Deutschland selbst machen wir auf die prekäre Situation vieler Organisationen, die Auswirkung deutscher Sicherheitspolitik auf den globalen Süden und die Folgen von Aufrüstung und Konfrontationspraktiken aufmerksam.

Auch zukünftig, und mit umso mehr Nachdruck, sollten wir uns also auch weiterhin zu umkämpften Themen äußern und versuchen den "Shrinking Space", den schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum da zu erweitern, wo es uns möglich ist.

Auch zukünftig sollten wir unsere Kritik an der für so essentiell gehaltenen deutschen Rüstungs- und Sicherheitspolitik immer wieder aufs Neue in die Öffentlichkeit und an Entscheidungsträger*innen tragen.

Aktive Gewaltfreiheit stärken – aber wie?

Aktive Gewaltfreiheit, als Kern unseres politischen Handelns, ist vor dem Hintergrund dieser beiden Entwicklungen – der globalen Aufrüstung und Konfrontation auf der einen sowie "Shrinking Spaces" auf der anderen Seite – der Schlüssel eines nachhaltigen Engagements für Frieden und Gerechtigkeit: Durch das Fördern des Austauschs mit den Partner*innen im internationalen Friedensnetzwerk, Teilen des Wissens über Erfahrungen mit erfolgreicher gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Stärken der gesellschaftlichen Debatte um Friedens- und Sicherheitspolitik.

Durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit, das strategische Nutzen sozialer Medien und innovativer Angebotsformate für Jugendliche und Erwachsene, seien es eine friedensbewegte Internet-Plattform über gewaltfreie Methoden und Instrumente, die am 2. Oktober live geht (siehe S. 24), Online-Seminare oder Videoangebote, soll die Friedensbewegung auch zukünftig ihre Reichweite verstärken und Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen.

Denn aktive Gewaltfreiheit ist nicht passiv. Sie ist kreativ, überzeugt, engagiert und vor allem eins: innovativ.

Rebecca Burkert arbeitet bei pax christi als Projektreferentin zum Thema "Aktive Gewaltfreiheit".



Wer hat eigentlich das irrige Gewissen?

Impulse für das das neue Friedenswort der deutschen Bischöfe

Fabian Sieber

Die traditionelle Lehre vom Gerechten Krieg stellt den Versuch dar, Krieg zu verhindern, indem die Institution des Krieges verrechtlicht wird. Die Erfahrung von zwei Diktaturen auf deutschem Boden lehrt jedoch, dass jedes Rechtssystem korrumpiert werden kann. So reflektierte Joseph Ratzinger aus dem Erleben des Falls des Eisernen Vorhangs vor annähernd 30 Jahren über die Bedingungen, die zur Stabilisierung von Kommunismus und Nationalsozialismus beigetragen haben. Voraussetzung dafür, so Ratzinger, war ein "Zertreten des

moralischen Sinnes", denn: "In der nationalsozialistischen, wie in der kommunistischen Diktatur gab es keine Handlung, die als in sich schlecht und unmoralisch angesehen worden wäre. Was den Zielen der Bewegung oder der Partei diente, war gut, wie unmenschlich es auch sein mochte." (Ratzinger: Wahrheit, Werte, Macht, 1993. S. 21) Was Ratzinger den beiden großen Diktaturen des 20. Jh. damit vorwirft ist eine Pervertierung des Rechts. Eine Möglichkeit, die schon Thomas von Aquin in seiner Summa theologiae bedacht hat, wenn

hielt fest, dass die Liebe zum Vaterland und die Achtung der Gesetze eines Staates allgemeine Bürgerpflichten darstellen, deren Verletzung eine Sünde darstellte.

er darauf hinwies, dass es ungerechte Gesetze geben könne, die ihrem Wesen nach eher Gewalttaten als Gesetzen ähneln würden (S.th. 1,2,q96, a.4).

Kein Platz im Himmel und in der Kirche

Wenn die Erkenntnis aber auch alt ist, so zeigt die Realität von Auschwitz, dass ihr Potential nur schwer operationalisiert werden kann. Aus der Masse der Menschen, die mitmachen, sind es nur wenige, die das Unrecht erkennen und sich widersetzen. Franz Jägerstätter, Franz Reinisch oder auch Bernhard Lichtenberg haben sich um eine Unterscheidung der Geister bemüht und sind ihre jeweiligen Wege konsequent gegangen. Dabei waren sie allein, da die Kirche ihrer Deutung der Situation mehrheitlich skeptisch gegenüberstand. Denn: Die Moraltheologie jener Zeit hielt fest, dass die Liebe zum Vaterland und die Achtung der Gesetze eines Staates allgemeine Bürgerpflichten darstellen, deren Verletzung eine Sünde darstellt (vgl. Schilling, Lehrbuch der Moraltheologie 2, 1928. S. 667-669). Ein solcher Verstoß gegen die legale Gerechtigkeit wäre etwa die Kriegsdienstverweigerung (ebd. S. 546) und wer sie praktiziert, hat ein irriges Gewissen aus dem heraus er eine Sünde begeht.

Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich war unter diesen Vorzeichen nicht einfach nur gesetzlich verboten, sondern eine im kirchlichen Bereich gebotene Pflicht. Wer sich ihr entzog beging eine Sünde, wurde er dafür bestraft, so geschah es ihm recht und starb er ohne seine Sünde bereut zu haben, starb er im Zustand der Sünde. Für Menschen wie Franz Jägerstätter war deshalb kein Platz in der Kirche und kein Platz im Himmel vorgesehen. Trotzdem wurde Jägerstätter im Jahr 2007 seliggesprochen - und das nicht weil er ein irriges Gewissen besaß, sondern weil er in einer Zeit, in der das Recht pervertiert war, sich seinen "moralischen Sinn" bewahrt und Unrecht als Unrecht erkannt hat. Insofern drückt sich in seiner Seligsprechung aber nicht einfach nur eine Würdigung seines Lebensweges aus, sondern vor allem auch das Eingeständnis, dass der moralische Sinn der Kirche in der Frage von Krieg und Frieden einer dringenden Korrektur bedurfte.

Welche Lehren können gezogen werden?

Für Kirche und Welt stellt sich nach dem Ende des 2. Weltkriegs die Frage, welche Lehren aus den Verbrechen Nazi-Deutschlands gezogen werden sollten. Die Losung "Nie wieder Auschwitz!" ist dabei auch Ausdruck dafür, dass der moralische Sinn der Menschen gefördert und eine erneute Pervertierung des Rechts verhindert werden muss. Verschiedene Impulse wurden dafür gegeben:

Die Erklärung der Menschenrechte stellt den Versuch dar, jedem Menschen ein Mindestmaß an Schutz zu garantieren, indem der nationalstaatlichen Gesetzgebung durch das Völkerrecht Grenzen gezogen werden. Und die Ächtung des Krieges, wie er in der UN-Charta festgelegt wurde, soll verhindern, dass diese Rechtsordnung durch Gewalt verändert wird.

Die Eltern des bundesdeutschen Grundgesetzes vollzogen diesen Paradigmenwechsel nach, indem sie die Würde des Menschen als oberste Richtschnur einführten. Eine Pervertierung der Gesetzgebung soll dadurch verhindert werden, dass jedes Gesetz das bewusst oder unbewusst die Würde des Menschen missachtet aus sich heraus falsch ist. Gleichzeitig ächtet das Grundgesetz den Krieg, indem es die Planung eines Angriffskrieges unter Strafe stellt. Im kirchlichen Bereich wurde diese Entwicklung nachvollzogen: in der Konzilskonstitution ,Dignitatis Humanae' wurde in Erinnerung gerufen, dass das göttliche Gesetz die höchste Norm ist, die durch menschliche Gesetze nicht verletzt werden darf. (DH, 3) Und indem in der Friedensethik das Leitbild eines Gerechten Friedens die Lehre vom Gerechten Krieg verdrängte, wurde die Institution des Krieges geächtet. Die das 19. Jh. prägende Ordnungsstruktur, nach der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, wurde durch diese Operationen vom Kopf auf die Füße gestellt. Frieden wird in diesem System nicht mehr durch Kabinettskriege gesichert, sondern durch die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen – wobei das Recht durch die Bezugnahme auf übergesetzliche Normen vor seiner Pervertierung bewahrt wird und die Ächtung des Krieges.

So ist es dann auch möglich einen Kriegsdienstverweigerer wie Franz Jägerstätter selig zu sprechen, denn ein irriges Gewissen hatte nicht er, sondern all jene Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus daran mitwirkten, dass es Krieg geben konnte.

In einem erneuerten Friedenswort der deutschen Bischöfe geht es darum, diese Impulse aufzugreifen und zu bestärken, denn: Wer glaubt in einen Krieg ziehen zu müssen, der hat ein irriges Gewissen.

Fabian Sieber ist Mitglied der pax christi-Kommission Rüstungsexporte.

Ein Streitgespräch

Thesen: Rebecca Burkert
Antworten: Florian J. Schreiner /
Jana Freudenberger und
Daniel M. Untch



These 1 der pax_zeit

Auf der Homepage der Bundesregierung heißt es: "Mehr als 200 Mal waren Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bereits im Kampf gegen die Corona-Pandemie im Einsatz. (...) Neben dem Transport und der Verteilung von Masken haben die Bundeswehrsoldaten auch die Verantwortung für die Zugangsschleusen von Kliniken übernommen." Die Bundeswehr hat unterschiedlichste Aufgaben im Inland im Rahmen der Corona-Pandemie übernommen, in ihren Auslandseinsätzen baut sie Brunnen und Schulen, berät und bildet Sicherheitskräfte aus. Die Ausbildung von Soldat*innen zur Ausübung militärischer Gewalt ist daher weder zeitgemäß noch notwendig.

Jana Freudenberger/Daniel M. Untch

Soldat*innen, die eingeschneite Ortschaften "befreien" und im Stau an der Grenze warme Decken verteilen hinterlassen einen positiven Eindruck in der Bevölkerung. Der zivile Einsatz von Soldat*innen erweckt jedoch den Eindruck, dass die Bundeswehr für derlei Aufgaben notwendig wäre. Würden wir hingegen zivile Strukturen wie das THW stärken, könnten diese die Retter*innen in der Not sein.

Die Bundeswehr wäre von umstrittenen Einsätzen im Inneren befreit und könnte sich auf ihre Kernkompetenz konzentrieren, die ihr von politischer Seite zugedacht ist: die Verteidigung von Bündnis- und Landesgebiet, das weder in Afghanistan noch Mali liegt.

Florian J. Schreiner:

Das Aufgabenspektrum der Bundeswehr reicht schon seit ihrer Gründung weit über die reine Ausübung militärischer Gewalt hinaus. Besonders im Rahmen der Amts- und Katastrophenhilfe beispielsweise bei Schneekatastrophen, Hochwassern oder auch jüngst zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie war und ist die Bundeswehr seither im Inland in Einsatz. Obgleich diese Aufgabenfelder zunehmend an Bedeutung gewonnen haben, verlangen die ihr von Regierung und Parlament im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung sowie der internationalen militärischen Verpflichtungen zugedachten Aufträge in letzter Konsequenz nach wie vor auch die Fähigkeit zur Ausübung militärischer Gewalt. Eine entsprechende militärische Ausbildung ist daher auch künftig unerlässlich.



Wie lässt sich die Aktive Gewaltfreiheit ins Gespräch bringen? Worüber müssen wir den Dialog führen? Solche Fragen beraten Christine Hoffmann (Generalsekretärin) und Rebecca Burkert (Projektreferentin) häufig im pax christi-Sekretariat. Das folgende Streitgespräch ist ein Ergebnis unserer Überlegungen. Wir entschieden uns, die Frage der Ultima Ratio

aufzugreifen. Rebecca Burkert stellte Thesen auf und diese Thesen legten wir Florian Schreiner, einem Mitarbeiter aus dem Verteidigungsministerium und den beiden Friedensarbeiter*innen von pax christi Rhein-Main, Jana Freudenberger und Daniel Untch, schriftlich zur Kommentierung vor.



These 2 der pax_zeit

Das von der Evangelischen Landeskirche Baden herausgegebenen Buch Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040 beschreibt einen Veränderungsprozess von der militärischen hin zur zivilen Sicherheitspolitik. Die dort beschriebene vollständige Konversion der bewaffneten Institution Bundeswehr, die auf gewaltsame Formen der Konfliktaustragung ausgelegt ist, ist für eine zukünftige, nachhaltige deutsche Außenpolitik und gewaltfreie Friedenssicherung alternativlos.

Florian J. Schreiner:

Die verstärkte Transformation der deutschen und europäischen Außenund Sicherheitspolitik hin zu gewaltarmen oder gar gewaltfreien Mitteln ist nicht nur im Sinne einer christlichen Handlungsethik, sondern auch für Soldatinnen und Soldaten ein wünschenswertes Ziel - sind diese doch häufig die ersten, die in gewaltgeladenen Einsatzszenarien zu Schaden kommen. Betrachtet man jedoch die weiterhin unsichere geopolitische Lage und die in den vergangenen beiden Jahrzehnten weiter zunehmenden Gewalteruptionen samt Flüchtlingsbewegungen weltweit, erscheint mir eine vollständige Konversion der Institution Bundeswehr und ihrer Fähigkeiten zur bewaffneten Konfliktprävention und Stabilisierung auf rein zivile Mittel weder politisch gewollt noch strategisch umsetzbar.

Jana Freudenberger/ Daniel M. Untch

Die Frage, ob es wirklich einer vollständigen Konversion der Bundeswehr bedarf, lässt sich durchaus diskutieren. Klar ist hingegen, dass ein Großteil der heute auftretenden Konflikte militärisch höchstens eingedämmt, nicht aber gelöst werden kann. Ethnische Spannungen, Aufstände oder Radikalisierung bedürfen tiefgreifender Lösungen. Diese kann Militär nicht bieten. Zivile Konfliktbearbeitung – sprich Friedensmediation, gemeinsam verabredete Compliance-Maßnahmen und in besonderem Maße die Aufarbeitung und Aussöhnung nach bewaffneten Konflikten - ist gegen diese "Gewalteruptionen" erwiesenermaßen die wirksamere "Waffe".

These 3 der pax_zeit

In gleichnamigem Buch heißt es: "Deutsche Bundesregierungen betonten (...) stetig den Vorrang ziviler Mittel zur Konfliktlösung. Der Einsatz militärischer Gewalt galt stets als letztes Mittel. Bis 2016 investierte Deutschland jedoch mit 36 Mrd. Euro pro Jahr etwa zehnmal höhere Beträge in die militärische als die zivile Konfliktbearbeitung und -prävention." Gliche die Bundesregierung dieses Investitionsungleichgewicht zu Gunsten ziviler Konfliktbearbeitung aus und stünden so die erforderlichen materiellen und menschlichen Ressourcen zur Verfügung, wäre der Einsatz militärischer Streitkräfte - auch im Rahmen deutscher Bündnisverpflichtungen obsolet.

Jana Freudenberger/Daniel M. Untch:

Obwohl ein quantitativer Vergleich schwierig ist, existiert nichtsdestotrotz ein Ungleichgewicht in der finanziellen Ausstattung von Militär und ziviler Konfliktbearbeitung. Zivile Akteure könnten mit entsprechendem Budget deutlich mehr leisten als es aktuell der Fall ist, und darüber hinaus wäre dieses Vorgehen nachhaltiger. Das wahre Potential Ziviler Konfliktbearbeitung kann aktuell nicht ausgeschöpft werden, da die militärische Option – eigentlich als ultima ratio vorgesehen – bei Budgetverhandlungen und im politischen Diskurs oft viel zu schnell in Betracht gezogen wird und unrealistische Erwartungen damit verknüpft werden.

Florian J. Schreiner:

Ein rein quantitativer Vergleich von Mitteln erscheint mir hier zu kurz gegriffen. Er sagt primär erst einmal nichts über die Wirksamkeit von ziviler oder militärischer Konfliktresolution aus. Ein "entweder/oder" wird der Realität, auch oder gerade – aus Sicht der Bundeswehr nicht gerecht. Der zweifelsohne kostenintensive Einsatz militärischer Machtmittel, der überdies stets im Rahmen internationaler Bündnisse und Rahmenbedingungen geschieht, erfolgt immer unter gleichzeitiger Begleitung und nicht selten sogar zum Schutz ziviler Konfliktbearbeitung. ,Zivil' und ,militärisch' sind keine Gegensätze, im Gegenteil: Sie sind zwei Seiten einer Medaille.

These 4 der pax_zeit

In seinem Vortrag beim Kontaktkreis Dekade 'Gewalt überwinden' im Kirchenkreis Vlotho im Jahr 2002 sagte der Friedensforscher Theodor Ebert: "Es scheint Situationen zu geben, in denen mit gewaltfreien Mitteln keine Soforthilfe für die Opfer von Gewalttaten möglich scheint, wohingegen medienvermittelt – einiges für den raschen Erfolg einer militärischen Intervention spricht. [...] Die Befürworter militärischer Interventionen als ultima ratio behaupten regelmäßig, dass ihr Eingreifen noch größeren Schaden abwende. Bei diesen suggestiven Kalkulationen handelt es sich aber um spekulative Aussagen. Wie sich die Kosten einer militärischen Intervention entwickeln werden, ist schwer vorhersehbar. Das militärische Eingreifen kann die Angegriffenen eventuell zu Handlungen motivieren, zu denen sie ohne diesen Eingriff nicht motiviert gewesen wären. Es kann also sein, dass das militärische Eingreifen erst die Katastrophe auslöst, welche eigentlich verhindert werden sollte."

Jana Freudenberger/Daniel M. Untch:

Um über diese Kosten militärischen Eingreifens besser Bescheid zu wissen, gibt es mittlerweile einige Studien über die Auswirkungen militärischer Interventionen. Sie legen nahe, dass die Chancen auf ein Ende der Gewalt durch "humanitäre" Interventionen weder gesteigert noch reduziert werden und auch die Zahl der Toten ähnlich bleibt. Was sich allerdings signifikant unterscheidet, sind sowohl die benötigten Ressourcen als auch die völkerrechtlichen Konsequenzen: Militäreinsätze verschlingen ungleich mehr Gelder als ziviles Eingreifen. Gleichzeitig untergraben militärische Einsätze - insbesondere wenn sie ohne UN-Mandat geführt werden – die Errungenschaften internationaler Normen und tragen so zu einer Normalisierung von Gewalt bei. Im Gegensatz dazu führt Zivile Konfliktbearbeitung zu viel geringeren "Kollateralschäden" und wird dem "do no harm"-Prinzip somit deutlich eher gerecht.

Florian J. Schreiner:

Die zentrale Problematik militärischer Intervention – insbesondere bei Präventions- und Stabilisierungsmissionen ist das spekulative Element: Weder lässt sich vor dem Einsatz militärischer Mittel genau prognostizieren, ob der Einsatz zum gewünschten Effekt führt noch lässt sich nach dem Einsatz nachweisen, wie sich die Situation anderenfalls entwickelt hätte. Dieses Paradoxon besteht in der Geschichte seit jeher und wird sich wohl auch trotz modernster Prognosetechniken und Algorithmik nie gänzlich auflösen lassen. Akteure der Außen- und Sicherheitspolitik stehen in der Retrospektive übrigens sowohl beim Eingreifen als auch beim Nicht-Eingreifen in der Kritik: Ein prominentes Beispiel wäre hier die stark kritisierte Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft während des Völkermordes in Ruanda 1994



These 5 der pax_zeit

In der Positionsbestimmung von pax christi, beschlossen von der Delegiertenversammlung 1995 heißt es: "Die militärische Parteinahme, indirekte oder direkte, gleichgültig für wen, erweist sich als schädlich, auch wenn dieses mit dem Ziel des Schutzes bedrohter Menschen durchgeführt wird: 1. Es gibt keine kriegerischen Handlungen, in denen zwischen Kombattanten und Zivilisten unter den Opfern generell unterschieden werden kann. Über 90% der Opfer in den Kriegen seit 1945 sind Zivilisten [...]. 4. Wer auf militärische Mittel als ultima ratio setzt, behindert gewollt oder ungewollt die Entwicklung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten." Die Anwendung militärischer Gewalt schadet dementsprechend letzten Endes mehr als sie zu nutzen verspricht. Gemessen an den fatalen Folgen militärischer Einsätze und Interventionen in den vergangenen Jahrzehnten hat militärische Gewalt als ultima ratio endgültig versagt.

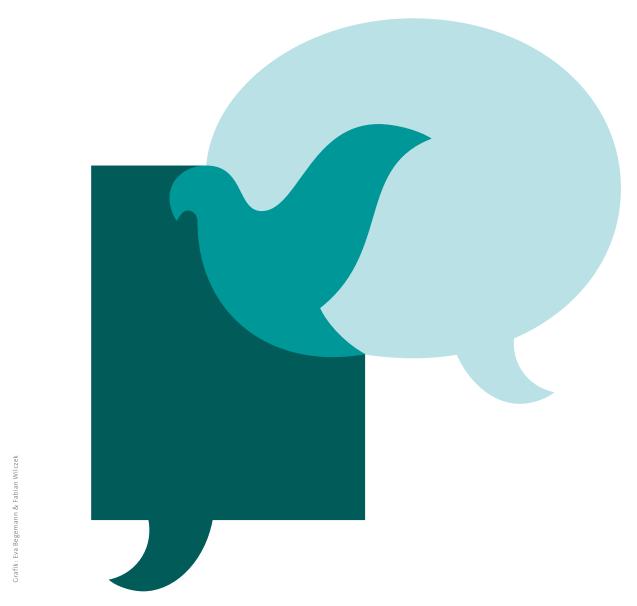
Florian J. Schreiner:

Selbstverständlich sind vor dem Einsatz militärischer Gewalt stets mögliche Alternativen wie Diplomatie, politischer Druck oder wirtschaftliche Sanktionen zu erwägen. Ein Einsatz von Militär kann jedoch notwendig sein, wenn beispielsweise internationales Recht gegen illegitime Gewalt durchgesetzt werden muss. Dies ist Prämisse des auf UN-Ebene entwickelten und 2005 ratifizierten Konzeptes der "Responsibility to Protect", in dem sich die Staatengemeinschaft auf die Garantie von Menschenrechten in jedem (!) und nicht nur dem eigenen – Staat verpflichtet hat. Gewalteinsatz als äußerstes Mittel ist im Übrigen nicht temporal (d. h. das letzte Mittel auf der ,Zeitschiene') sondern konditional, also an die konkreten Umstände gebunden und auch aus Sicht der Bundespolitik und der Bundeswehr nur dann zulässig, wenn eine begründete Aussicht auf Erfolg dieser Maßnahmen besteht. Dies wird in einem dauerhaften Prozess stets neu analysiert und dem Bundestag vorgelegt, der auf dieser Grundlage jährlich über eine Fortsetzung, Anpassung oder Beendigung der Auslandseinsätze entscheidet.

Jana Freudenberger/Daniel M. Untch:

Zugegebenermaßen ist es möglich, Szenarien zu entwickeln, in denen ein militärisches Eingreifen die einzige verbleibende Option gegenüber Nicht-Handeln ist. Es wäre jedoch eine Verkürzung der Realität, all die Vorstufen zu solchen Szenarien zu ignorieren, in denen der Einsatz Ziviler Konfliktbearbeitung möglich, erfolgversprechend und nachhaltig wäre. Ein konsequentes Hinsehen bei Ungerechtigkeit, schwelenden Konflikten und Spannungen würde gewaltsame Szenarien bereits vor ihrer Entstehung verhindern. Nur sind Konflikte vor ihrer Eskalation für uns oftmals "nicht von Interesse". Die Existenz der militärischen Option "in der Hinterhand" verhindert viel zu oft die frühzeitige Beschäftigung mit schwelenden Konflikten oder Ungerechtigkeiten, was wiederum zum weiteren Einsatz militärischer Mittel führt.





Es scheint einfacher, wenn man einen Gegner hat

Mit Dialog gemeinsam Denken lernen

Alexander Dieter Myhsok und Anna Jäger

Von Dialog ist heute oft die Rede, wenn es um kommunikatives Verhalten geht. Immer wieder hören wir: "Wir führen einen Dialog." Das klingt gut. Doch wenn wir genauer hinschauen, erkennen wir: Gespräche zielen oft darauf ab, dass jede*r Recht hat: Meinungen prallen aufeinander, jede*r will sich durchsetzen, die Energie geht in ein Gegeneinander statt in ein gemeinsames Weiterdenken.

Die Notwendigkeit, echten Dialog einzuüben, nimmt auf der anderen Seite zu. Immer mehr Menschen im gesellschaftlichen und politischen Raum, in Unternehmen oder Non-Profit-Organisationen und Verbänden nehmen Kommunikation – vom Einzelgespräch über Meetings bis hin zu Aktionsgruppen – als verlorene Zeit und vergeudete Energie wahr. Sie suchen nach einer Gesprächsform, in der es keine Sieger-Verlierer-Dynamik gibt, in der sich durch gemeinsame Denkprozesse neue Horizonte erschließen. Eine spezifische Form des Dialogs, die auf diese Grundhaltung abzielt, geht zunächst auf den Philosophen Martin Buber zurück. Der amerikanische Physiker und Philosoph David Bohm hat die Gedanken Bubers aufgegriffen und neu aufbereitet.

Was ist das Wesen dieses Dialogs?

Das Wesen des Dialogs wird durch die Unterscheidung von der Diskussion klar. Diskutieren bedeutet im eigentlichen Wortsinn: "zerteilen, zerlegen". Diskussion ist fast wie ein Tischtennisspiel, bei dem man die Ideen, die Bälle, hin- und her schlägt und damit versucht, zu gewinnen oder Punkte für sich zu sammeln. Diese Gesprächsform hat ihre Grenzen dort, wo wir über die Verschiedenartigkeit unserer Standpunkte hinausgehen wollen.

Hier setzt der Dialog an: Er will anstelle einer Sieger-Verlierer-Mentalität, dass alle Beteiligte einen Gewinn haben, sich auf eine Reise des Denkens machen, festgefahrenes Kommunikationsverhalten auflösen,

Buber hat in seiner uns heute etwas fremd anmutenden, aber berührenden Ausdrucksweise Voraussetzungen für den Dialog formuliert, die hier kurz angedeutet werden:

- Die Bereitschaft zu einem echten Gespräch: "Im echten Gespräch geschieht die Hinwendung zum/zur Partner*in in aller Wahrheit." Das bedeutet: Ich nehme mein Gegenüber als Partner*in, als Gegenüber an, sage ja zu ihm/ihr, zu seinem/ihrem Denken, Fühlen, Wahrnehmen, zu seinem/ ihrem Sein.
- Rückhaltlos sprechen, sich selbst unverkürzt einbringen nicht zu verwechseln mit drauflosreden.
- Dazu gesellt sich nach Buber die "Überwindung des Scheins": "Schein wäre, wenn ich statt des zu Sagenden mich anschicke, ein zur Geltung kommendes Ich in den Mittelpunkt zu stellen".

Martina und Johannes F. Hartkemeyer und L. Freeman Dhority haben Kernfähigkeiten herausgearbeitet, die den Dialog nach Buber/Bohm kennzeichnen.

• Die Haltung eines Lernenden einnehmen

Sie erfordert Offenheit, Anfängergeist und die Bereitschaft, sich einzugestehen, dass ich in Wirklichkeit nichts weiß. Damit bin ich bereit, alte Denk- und Verhaltensmuster infrage zu stellen.

Radikaler Respekt

Ich achte dich und deinen Blick auf die Welt. Ich versuche auch, die Welt aus deiner Perspektive zu sehen.

Offenheit

Sie entsteht, "wenn zwei oder mehrere Personen bereit sind, sich voreinander von ihren eigenen Überzeugungen zu lösen, dadurch bereit sind, einander die eigene Denkweise mitzuteilen und offen zu sein dafür, dass der andere mich in meinem Denken beeinflussen kann" (Bohm). Offenheit schließt Zuhören mit ein: mitfühlendes, mitgehendes Zuhören. Das meint bei meine*m/r Gesprächspartner*in auf die tiefere Bedeutung der Worte zu horchen.

• Von Herzen sprechen

Ich rede von dem, was mir wirklich wichtig ist, was mich wesentlich angeht. Ich rede nicht, um mich bemerkbar zu machen, um rhetorisch zu brillieren und vor allem nicht, um im Buber'schen Sinn zu scheinen. Dabei stelle ich auch meine Ängste, Sorgen zur Verfügung, teile meine Freuden mit.

Annahmen und Bewertungen offenlegen und produktiv plädieren

Sie als solche benennen und in der Schwebe zu halten, im Sinne von: "Das ist es, was ich gerade denke, aber ich könnte mich auch irren." Das führt zum produktiven Plädieren, bei dem ich meine Annahmen und Vorurteile offenlege, auch Zweifel benenne, mitteile, wo ich Bewertungen habe und dazu andere an meinem Denkprozess teilhaben lasse.

Verlangsamen

Zentrales Element ist, Kommunikation zu verlangsamen und dadurch die Qualität des Hörens, des Nachklingenlassens zu erleben. Symbolisch drückt sich dies mit der Verwendung eines Redesteins oder Redestabs aus. Nimmt ein Teilnehmer, eine Teilnehmerin den Stab oder Stein, ist er/sie berechtigt zu sprechen. Beendet er/sie den Beitrag, wird der Stab oder Stein wieder zurückgelegt. Dadurch entsteht Schweigen und Nachklingenlassen des Gesagten.

Einige Anwendungsgebiete des Dialogs:

- Dialog kann stattfinden in sich regelmäßig oder unregelmäßig treffenden Dialoggruppen mit oder ohne vorher festgelegtem Thema.
- Unternehmen und Organisationen, die auf eine andere Kultur der Kommunikation wertlegen, sind in der Zwischenzeit dazu übergegangen, sogenannte "schöpferische Dialoge" einzuführen, als Teil, oder auch als Ersatz von Meetings.
- Eine größere Verbreitung hat der Dialog im Bereich der Organisationsentwicklung (Peter Senge: Die fünfte Disziplin) erfahren.
- Im politischen Bereich hat ein Dialogprozess in Tunesien zu einer politischen Lösung geführt, die mit der Verleihung des Friedensnobelpreises 2015 an das Dialog-Quartett ausgezeichnet wurde.

Der Dialog kann auch bei allen "normalen" Gesprächen, Beratungen, Meetings praktiziert werden. Hier sehen wir auch einen Ansatz in den pax christi-Gruppen und in der pax christi-Arbeit insgesamt.

Dr. Alexander Dieter Myhsok und Anna Jäger arbeiten freiberuflich in der Organisationsberatung und Führungskräfteschulung und integrieren Dialog in ihre Arbeit. Sie organisieren seit vielen Jahren ehrenamtlich Dialoggruppen (z. B. Politischer Dialog, Spiritueller Dialog). Alexander Myhsok ist pax christi-Mitglied und Mitbegründer der Gruppe in Ravensburg.

Von der Souveränität zur Solidarität

Modernes Völkerrecht

Hans-Joachim Heintze

Das klassische Völkerrecht bis zum Ende des Ersten Weltkrieges basierte auf der absoluten Souveränität des Staates. Das Völkerrecht entstand durch Vereinbarungen der Staaten entsprechend ihren politischen Interessen. Das funktionierte immer dann gut, wenn der Grundsatz der Gegenseitigkeit zum Abschluss der Vereinbarungen geführt hatte. Stand doch die Erwartung dahinter, wenn sich der eine Staat an das Recht hält, dann würde es der andere auch tun. Nach dem Weltkrieg traten neue Akteure auf die internationale Szene, die die absolute Souveränität der Staaten einschränkten. So verlangte der 1919 geschaffene Völkerbund von den Mitgliedsstaaten, nach dem Ausbruch von Streitigkeiten nicht unmittelbar Gewalt anzuwenden, sondern zuerst eine sechswöchige Phase der friedlichen Streitbeilegung voranzustellen. Ein erster Fortschritt, der 1928 durch den Briand-Kellogg-Pakt ausgebaut wurde, indem es Staaten generell untersagt wurde, in den internationalen Beziehungen zur Durchsetzung nationaler Interessen Gewalt anzuwenden. Allerdings konnte die Festschreibung des Verbots Hitlerdeutschland 1939 nicht daran hindern, den Zweiten Weltkrieg auszulösen. Offensichtlich fehlte ein Durchsetzungsmechanismus, der bei einem Rechtsbruch anzuwenden war.

Viele Kriege konnten nicht verhindert werden

Die Staatengemeinschaft hat daraus die Lehre gezogen, dass sie bei Gewaltanwendungen einschreiten können muss. Dieser Mechanismus ist der UN-Sicherheitsrat, der die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens übertragen bekommen hat. Er hat die Kompetenz, bei Bedrohungen des Friedens mit Zwangsmitteln gegen den Rechtsverletzer vorzugehen, um ihn zu einem rechtstreuen Verhalten zu

y Langsam setzt sich die Einsicht der Notwendigkeit solidarischen Vorgehens durch, aber dieser Erkenntnisprozess ist nicht frei von Rückschlägen.

veranlassen. Freilich ist dies ein politischer Mechanismus, der ein geschlossenes Auftreten insbesondere der fünf Ständigen Mitglieder des Rates voraussetzt. Leider standen einem gemeinsamen Vorgehen oft nationale Interessen der Großmächte im Wege, so dass viele Kriege nicht verhindert werden konnten

Gleichwohl hat sich die Welt seit 1945 grundlegend verändert. Es sind zahlreiche neue Staaten hinzugekommen, die Zusammensetzung der globalen Akteure ist anders und die Probleme haben sich grundlegend verändert. Dies hatte entsprechende Auswirkungen auf die Kodifikation des Völkerrechts. Zu nennen sind hier in erster Linie die Menschenrechte, die 1945 mit der UNO Einzug in das Völkerrecht hielten. Hatten die Staaten zuvor die Menschenrechte als eine innere Angelegenheit betrachtet, so legten die Verbrechen der Nazidiktatur offen, dass schwere Menschenrechtsverletzungen eine internationale Dimension haben, denn sie lösen Fluchtbewegungen aus und untergraben die gute Nachbarschaft. Dies ist politisch leicht einzusehen, rechtsdogmatisch aber eine Revolution und eine Abwendung von der Souveränität zur Solidarität. Schließlich sind die Begünstigten der Menschenrechte nicht die Staaten, sondern die Menschen. Die Wirkungsmacht der Gegenseitigkeitserwartung ist also eingeschränkt, aber letztlich strebt die Staatengemeinschaft einen gemeinsamen Standard der Menschenrechte und damit eine Aufgabe ausschließlich nationalstaatlicher Regelung - an. Damit stellt sich die Frage, von welchen Rechten man spricht, denn das Verständnis ist offensichtlich zwischen z.B. den USA, China und Saudi Arabien sehr verschieden. Auch hier ist wieder Solidarität – das Anerkennen verschiedener Positionen - und die Bereitschaft gefordert, sich internationalen Regelungen im Kompromiss zu unterwerfen.

Breite Mitwirkung der Gesellschaft

Die UN-Charta verpflichtet die Mitgliedsstaaten, die Menschenrechte zu achten. Dieser Grundsatz bedurfte der Ausformung und diese erfolgte 1948 durch die UN-Generalversammlung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Sie enthält eine Liste der zu respektieren Rechte. Freilich bedurfte sie der Kodifikation, und die erfolgte dann in 16 UN-Menschenrechtsverträgen, die die Rechte aller Menschen sowie einzelner Gruppen detailliert umfassen. Zur Durchsetzung wurden vor allem Berichtsverfahren geschaffen, die Staaten zwingen, über die Umsetzung und Verwirklichung der in den Verträgen genannten Rechte zu berichten und



Empfehlungen zur Verbesserung entgegenzunehmen. Zu diesem universellen Mechanismus gesellten sich regionale Menschenrechtsschutzsysteme, die z.T. mit internationalgerichtlichen Verfahren versehen und somit sehr wirkmächtig sind, denn die Urteile sind verbindlich und müssen befolgt werden.

Doch die Menschenrechte sind nicht das einzige Feld des Völkerrechts, das eine Hinwendung zu den Solidaritätsrechten bedeutet. Deutlich wird dies auch bei den hoheitsfreien Räumen, die allen Staaten zur gleichberechtigten friedlichen Nutzung zustehen. Beispielhaft regelt der Weltraumvertrag den solidarischen Zugang und die Internationale Raumstation sowie die Entsendung internationaler Astronauten sind Ausdruck des Solidaritätsprinzips. Auch der Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels können nicht allein durch einzelstaatliche Maßnahmen erreicht werden, sondern

bedürften der internationalen Zusammenarbeit, wobei auf die reicheren Staaten sicher größere Verpflichtungen zukommen. Das setzt Einsichten voraus, denen Parolen wie "America first" nicht gerecht werden. Aber gerade die gegenwärtige Corona-Krise zeigt, dass die erste Reaktion der Politik nationalstaatlich geprägt und damit unzulänglich war. Langsam setzt sich die Einsicht der Notwendigkeit solidarischen Vorgehens durch, aber dieser Erkenntnisprozess ist nicht frei von Rückschlägen. Das Völkerrecht der Solidarität ist folglich kein Selbstläufer, sondern setzt politische Einsichten und eine breite Mitwirkung der Gesellschaft voraus.

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze ist Jurist und Professor an der Universität Bochum im Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV). Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von pax christi.

Gefahr für die Demokratie

Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch Rechtsextreme

Manjana Sold

Seit Wochen bestimmt die "Corona-Pandemie", ausgelöst durch den neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2, unseren Alltag. Obschon sich die Informationen zu der durch den Virus ausgelösten Krankheit COVID-19 jeden Tag überschlagen, herrscht weiterhin viel Unklarheit. In Zeiten der Unsicherheit haben Extremist*innen jeglicher Couleur besonders großen Spielraum. Allen voran nutzen derzeit extreme Rechte in Deutschland die mit COVID-19 einhergehende Ungewissheit aus. Nicht nur, aber vorwiegend online verbreiten sie zahlreiche Desinformationen und Verschwörungstheorien.

Einige der von Rechtsextremen eingebrachten Argumente und Sprachbilder überschneiden sich mit Debatten, die auch von der Mehrheitsgesellschaft geführt werden. Um angemessen darauf reagieren und gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden verteidigen und stärken zu können, bedarf es einer genaueren Betrachtung dieser Diskurse. Im Folgenden wird Einblick gegeben, wie sich extrem rechte Akteure insbesondere in sozialen Medien auf die Pandemie beziehen, diese nutzen und zu ihren Zwecken umdeuten.

Das Virus als Nährboden für Verschwörungstheorien

In extrem rechten Kreisen lassen sich verschiedene Umgangsformen mit dem neuartigen Coronavirus beobachten. Einige extreme Rechte bezweifeln die Existenz von SARS-CoV-2 gänzlich. So betrachten beispielsweise Anhänger*innen der QAnon-Verschwörungstheorie die Corona-Pandemie als Ablenkungsmanöver politischer Akteure. Der Verschwörungstheorie zufolge werden Kinder entführt, in einen "geheimen Staat" gebracht und misshandelt, um ein Verjüngungsmittel herzustellen. Anhänger*innen dieser Verschwörungstheorie vertreten die Auffassung, politische Akteure – allen voran US-Präsident Trump – würden die in der Unterwelt missbrauchten Kinder während des Lockdowns unbemerkt befreien. Die Ausgangsbeschränkungen und Grenzschließungen seien daher vorsätzlich und nur zu diesem Zweck eingerichtet worden. Auch wird behauptet, das neuartige Coronavirus sei, insofern es überhaupt existiere, relativ harmlos. Die Ursache für Covid-19 liege vielmehr in der 5G-Technologie.

Einige Rechtsextreme bezweifeln das Vorkommen des neuartigen Coronavirus hingegen nicht, sondern legen den Ausbruch des Virus zum Nutzen eigener Interessen positiv aus. So wird beispielsweise fälschlicherweise behauptet, das Virus sei vor allem für Frauen und "Ausländer" tödlich und daher begrüßenswert. Einige begrüßen die globale Pandemie auch, da sie in ihr einen möglichen ersten Schritt in Richtung des Dritten Weltkriegs sehen. In diesem Zusammenhang wird fantasiert, das Virus könne zur Tötung "nicht-weißer" Menschen, Jüdinnen und Juden, aber auch von Polizistinnen und Polizisten oder anderen Mitgliedern von Strafverfolgungsbehörden eingesetzt werden. Teilweise wird die Verbreitung des Virus auch als Anzeichen dafür gesehen, dass der herbeigesehnte "Endkampf der Kulturen" oder "Tag X", an dem ein gewaltsamer Systemumsturz herbeigeführt werden soll, näherkomme. Darüber hinaus sehen einige Rechtsextreme in der Corona-Pandemie die Chance, den Umsturz der multikulturellen globalisierten Gesellschaft beschleunigen zu können. So heißt es beispielsweise in NPD-Kreisen "das System ist am Ende, wir sind die Wende!".

Einer anderen in (extrem) rechten Kreisen kursierenden Verschwörungstheorie zufolge handele es sich bei SARS-CoV-2 um eine Biowaffe, die in Labors entwickelt wurde, um Zwangsimpfungen durchzuführen. Damit wollten Mächtige wie u. a. Bill Gates zum einen Geld verdienen sowie zum anderen die Menschheit versklaven, denn der Impfstoff enthalte unter anderem, so heißt es im rechtsextremen Spektrum, Quecksilber sowie metallische Nanopartikel und Krebszellen.

Nicht zuletzt wird das Virus als Nährboden für Rassismus und Diskriminierung herangezogen. Indem die Herkunft von SARS-CoV-2 besonders betont und auf den Ursprung im chinesischen Wuhan hingewiesen wird, wird vermeintlich migrierten Menschen die Schuld für die Verbreitung des Virus in Deutschland gegeben. Sie werden verunglimpft und als Bedrohung dargestellt. Nicht selten wird in diesem Zusammenhang nachdrücklich die Schließung der Grenzen eingefordert.

Die Attraktivität von Verschwörungstheorien

Soziale Ungleichheit und eine bereits vorhandene gesellschaftliche Polarisierung, Verteilungsschieflagen und soziale Spaltungen – die in Krisenzeiten besonders hervortreten – sind ein idealer Nährboden für Hass und Gewalt und werden von Extremistinnen und Extremisten häufig ausgenutzt. Verschwörungstheorien erklären vermeintlich komplexe Angelegenheiten einfach. Sie erfüllen wichtige Bedürfnisse der Menschen: Sie stillen das Verlangen nach Struktur, lassen Ereignisse verständlich erscheinen und geben das Gefühl von Kontrolle in einer komplexen Welt und verringern so Unsicherheit.

Gleichzeitig bieten Verschwörungstheorien ein Einfallstor in extremistische Szenen und fungieren als Instrument zur Verbreitung und Verankerung extremistischer Ideologien. Wie auch Desinformationen bergen sie die Gefahr, bereits bestehende Gräben innerhalb der Gesellschaft zu vertiefen oder gar neue zu schaffen. Auch können sie in Gewalt resultieren. Das zeigt sich auf globaler Ebene in einer Zunahme rassistischer Angriffe auf Menschen vermeintlich asiatischer Herkunft, so beispielsweise in Italien, Frankreich, Kanada und auch Deutschland.

Fakten werden in Verschwörungstheorien mit erfundenen Behauptungen vermischt. Verschwörungstheorien erzeugen auf diese Weise eine vermeintliche Wahrheit, gehen mit einem Realitätsverlust einher und verhindern eine produktive Auseinandersetzung über Herkunft und Konsequenzen des Virus. Wie auch Desinformationen untergraben Verschwörungstheorien das Vertrauen der Bürger*innen in Politiker*innen, Parteien und auch Medien. Teilweise kann dies zu einer Abwendung der Bürger*innen vom politischen System der Demokratie und seinen Werten oder zu Politikverdrossenheit führen. Deshalb haben wir alle die Aufgabe und die gesellschaftliche Verantwortung, extremistischen Narrativen online wie offline den Raum zu nehmen und entschieden für die Demokratie einzustehen.

Manjana Sold ist Doktorandin, Mitglied der Forschungsgruppe "Radikalisierung" und Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt am Main.





Margaret Buslay (r.) mit den Theaterfrauen "Piel Adentro"



Impressionen vom Besuch einiger pax christi-Partner*innen

Margaret Buslay

Wie gestaltet es sich konkret, das gewaltfreie Handeln? Wie sieht es in anderen Ländern aus? Die Partner*innen, zu denen die pax christi-Kommission "Solidarität Eine Welt" seit Jahren Kontakt hält, können dazu viele Beispiele nennen. Momentaufnahmen davon haben Margaret Buslay und Pedro Barrera von einer Reise in diesem Frühjahr mitgebracht. Ihre Eindrücke zeigen auch, wie die Regierung in Kolumbien die Corona-Pandemie nutzt, um scheinbar unbemerkt Projekte voran zu bringen, die massiv Menschen und die Umwelt belasten

Dicht gedrängt sitze ich im Februar in einem Raum in Medellín im kolumbianischen Bundesland Antioquia mit etwa dreißig politisch Aktiven, die sich zum Austausch treffen. Es wird viel berichtet und zugehört. Die sozial Engagierten aus Bauerngruppen, Cocapflanzer*innen, Frauen- und Opferkomitees teilen mit uns ihre Analysen über das, was sie in ihrem Umfeld erlebt haben. Sie erfahren Diffamierungen, werden bedroht, berichten von Vertreibung und Ermordungen. In allen Regionen gibt es verschiedene bewaffnete Akteure, überall auch Polizei und Militär. Auch letzteren kann die kritische Zivilgesellschaft nicht trauen, weil sie zu oft mit Paramilitärs und Drogenhandel verbandelt sind. An diesem Abend verständigen



Aktions- und Schutzraum "Villa Comunitaria" in Mede



Austausch zwischen politischen Aktivist*innen

die Aktivist*innen sich auf eine zentrale Forderung. Auf die Umsetzung des 2016 beschlossenen Friedensabkommens zwischen FARC-Guerilla und Regierung. Es gehört Mut dazu, wie sie diese Anliegen am nächsten Tag beim sogenannten "Tisch der Garantien" den verantwortlichen Behördenvertreter*innen vortragen.

Engagement der kolumbianischen Frauen

In Medellín besuche ich auch etliche Basisorganisationen. Olga Alvarado ist in der pax christi-Gruppe Medellín aktiv. Sie begleitet die "Villa Comunitaria" in einem marginalisierten Viertel, in dem Banden die Bevölkerung kontrollieren und Jugendliche rekrutieren. Mit diesem Gemeinschaftsprojekt haben sie einen Kommunikations-, Aktions- und Schutzraum aufgebaut. Maria Theresa bietet als Ärztin Gesundheitsberatung an, Lucero Musikunterricht.

Das Engagement der kolumbianischen Frauen verbindet oft soziales, kulturelles und politisches Engagement. Die Frauen des Theaterkollektivs "Piel Adentro" beispielsweise tragen mit ihren Stücken zur Bewusstseinsbildung bei. Von Sandra Isaza, der Leiterin der "Red Feminista Antimilitarista" erfahre ich viel







über ihre pädagogisch-kulturelle Arbeit. Diese Gruppe wagt sich an ein besonders grausames Kapitel Kolumbiens heran und hat eine Studie über Feminizide in Kolumbien veröffentlicht: "Beendet den Krieg gegen Frauen".

Viele dieser Aktivistinnen machten am 8. März die Demonstration der Frauen groß, lautstark und sehr kreativ. Beeindruckend ist die Power der überwiegend jungen Frauen mit ihren Plakaten, Sprechchören und ihrer Musik. Ihre Botschaft lautet: Der Körper der Frau ist keine Kriegsbeute!

Kohle auch für Deutschland

In der ersten Märzwoche reise ich mit Pedro Barrera in den Norden Kolumbiens. Dort ist das Gebiet des größten Kohletagsbaus Lateinamerikas. Stark ist dort der Einfluss des multinationalen Unternehmens Cerrejon, von dem auch deutsche Energieversorger Kohle beziehen. Mit Samuel Arregoces, der unserer pax christi-Unterstützung schätzt, besuchen wir fünf indigene Wayúu- und drei Afro- Gemeinden. Sie beklagen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage durch die Mine. Verschmutzte Luft und Böden und das Austrocknen von Wasserquellen führen zu Unterernährung, Kindersterben und Atemwegserkrankungen. Vertreibungen und Umsiedlung unter harten Bedingungen bewirken letztlich den Verlust der bäuerlichen und kulturellen Lebensweise. Viele Gemeinden haben sich durch soziales Engagement gut organisiert und fordern die Anerkennung ihrer Rechte. Dabei ist die ILO-Konvention 169 für indigene Völker von großer Bedeutung. Diese sieht Konsultation mit der Bevölkerung vor, bevor Maßnahmen ergriffen werden. Die Gemeinden wehren sich mit Hilfe von NGOs auch juristisch. Über das Verfassungsgericht erwirkten sie zumindest vorläufig ein Ende

für Ausweitungen der Mine, für die Umleitung des Zuflusses "Bruno" und für weitere Umsiedlungen. Aber ein neuer Staudamm und Fracking werden vorbereitet. Auch hier berichten die Führungsleute von Bedrohungen.

Die Corona-Pandemie kam der Regierung gelegen

Die strengen Ausgangssperren verhinderten die Fortsetzung der riesigen sozialen Mobilisierung gegen die Regierungspolitik vom Winter 2019. Illegale Abholzungen, Krieg und Vertreibung der Zivilbevölkerung gehen in den umkämpften Regionen weiter, humanitäre Krisen werden nicht beachtet. Der Präsident Kolumbiens kooperiert mit US-Präsident Trump gegen den von ihm als gefährlichen Drogenboss bezeichneten Nachbarn Maduro, während die US-Drogenbehörde Kolumbien als Hauptproduzenten und Exportland sieht. Die USA schicken weitere US-Militärberater nach Kolumbien, die eine Vorbereitung bewaffneter Aktionen gegen Venezuela befürchten lassen. Währenddessen werden im eigenen Land Abhörskandale der Militärpolizei und Vorwürfe von Whisteblowern in der Armee bekannt, die von Kokainexporten von einer Militärbasis direkt in die USA berichten.

Kolumbien scheint weiterhin geschätzter Nato-Partner und Vertreter der "westlichen Werte" zu sein. Auf jeden Fall passt das Wirtschaftsmodell, das den Energie- und Bergbausektor sowie Agroindustrie für den Export fördert. Dass 70 Konzerne aktuell Sicherheitskräfte und auch mehrere Abteilungen der Staatsanwaltschaft finanzieren, trägt sicher nicht zum Erfolg der Menschenrechtsarbeit bei.

Margaret Buslay ist Sprecherin der pax christi-Kommission "Solidarität Eine Welt".

Solidarität in der Krise

In welcher Welt wollen wir leben

Michelle Becka

In einem Interview Ende Mai hebt Oskar Negt hervor, dass durch das Virus vorhandene Ungleichheiten und gesellschaftliche Erosionsprozesse zwar nicht geschaffen, aber immens verstärkt werden. "Zugleich kann ich aber nur darüber staunen, welche gewaltigen Verwerfungen, welche bedrohlichen Potenziale, aber auch riesigen Chancen ein so kleiner Krümel wie das Coronavirus hervorruft." In dieser Umbruchsituation ist die Frage zu stellen, in welcher Gesellschaft und in welcher Welt wir leben wollen.

Ein Virus sucht sich seine Wirtszelle nicht nach Einkommen oder Macht aus und kann insofern jede*n treffen, und doch trifft es nicht alle gleich. Seit langem ist bekannt, dass Gesundheit zu einem großen Teil von sozialen Faktoren bestimmt ist: Armut erhöht das Risiko zu erkranken. Im Fall der Erkrankung entscheiden der Zustand des Gesundheitssystems und das Vorhandensein einer Krankenversicherung über die Chancen der Genesung. Erst Recht treffen die Maßnahmen, die zur Eindämmung des Virus ergriffen wurden und werden, die einen härter als die anderen. Das gilt in Deutschland und innerhalb der EU, wo vorhandene Ungleichheiten verstärkt werden und es sich erst in den nächsten Monaten zeigen wird, ob die Versuche dem entgegenzuwirken ausreichen, um langfristige Chancenungleichheit zu verhindern.

Geteilte Verletzbarkeit

In einer weltweiten Perspektive verschärft sich das Problem der ungleichen Betroffenheit immens: Zwischen den Ländern einerseits, weil viele Länder eine Epidemie mit ihren (Gesundheits-)systemen kaum bewältigen können und auf Unterstützung angewiesen sind, und in den Ländern des globalen Südens andererseits. Dort, wo ein großer Teil der Menschen im informellen Sektor beschäftigt ist, führen Ausgangssperren sehr schnell zu existentieller Not: Wer nicht rausgeht, hat nichts zu essen. Millionen Menschen stehen in dem Dilemma, zwischen Hunger und gesundheitlicher Gefährdung (und zuweilen staatlicher Repression) wählen zu müssen. Wanderarbeiter*innen haben ihre Jobs verloren. Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant*innen aus dem globalen Norden fallen aus. Geflüchtete finden keine Aufnahme etc. Die Folgen der Krise treffen die Ärmsten am stärksten. Und mit der sich vergrößernden Ungleichheit wächst nicht nur die Ungerechtigkeit, sondern auch die Polarisierung und vielerorts die Gewalt.

Gleichzeitig macht die Bedrohung durch den "kleinen Krümel" besonders deutlich, dass alle Menschen und dass alle Systeme verletzbar sind. Die geteilte Verletzbarkeit, die in dieser Zeit



Hier lang?



Oder da entlang?

erfahren wird, könnte auch eine Chance sein. Denn sie könnte zum Ausgangspunkt eines neuen Verständnisses von Solidarität werden. Sie zeigt Verbundenheit und Ähnlichkeit auf, die trotz aller Unterschiede bestehen, und könnte dazu führen, dass wir aus der Erfahrung des geteilten Menschseins und der geteilten Verletzbarkeit füreinander eintreten und füreinander da sind. Das Leid der anderen, die die gleiche Verletzbarkeit, die gleiche Würde und die gleichen Rechte haben, könnte zum Impuls zum Handeln füreinander werden. Es ist eine Frage des Willens, die politische (und individuelle) Entscheidung zu treffen, diese Situation miteinander und nicht gegeneinander zu bewältigen. "Die Wurzel der Solidarität liegt in dem, was die menschliche Mit-Verantwortung ,entfesselt"."

Solidaritätspotentiale weiterentwickeln

Es könnte jetzt der Moment sein, in dem wir uns berühren und verantwortlich machen lassen. Den ersten Schritt der Solidarität stellt die sensible Wahrnehmung der Ungerechtigkeit dar, das aufmerksame und einfühlsame Hinschauen und Anerkennen des Leides der Anderen. Weil die Ausgangsvoraussetzungen vor der Pandemie - nicht nur im Gesundheitssektor – sehr ungleich waren, können nicht alle Länder die Krise in gleicher Weise bewältigen. Aus der Wahrnehmung des Leidens oder der Ungleichheit und dem Erkennen, dass es an Gerechtigkeit fehlt, soll daher das solidarische Handeln folgen, das ein Einsatz für Gerechtigkeit ist, d.h. auf die Herstellung oder Wiederherstellung von Gerechtigkeit drängt.

Jetzt ist der Zeitpunkt dazu, (nationalen) Egoismen und Polarisierungen etwas entgegenzusetzen. Soziale Bewegungen und insbesondere eine internationale Friedensbewegung wie pax christi können dazu beitragen:

- weil sie aus der weltweiten Vernetzung die vielen kleinen Solidaritätspotentiale kennen, die jetzt kreativ auszubauen sind;
- weil sie die Geschichten der anderen erzählen und damit Stimmen im öffentlichen Diskurs hörbar machen können, die möglicherweise Menschen bewegen;
- weil Friedensarbeit seit Jahrzehnten verdeutlicht, dass Frieden und Gerechtigkeit zusammengehören. Nehmen wir nun die weitere Zunahme von sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit in Kauf, wird mittelfristig das friedliche Zusammenleben massiv gefährdet.

Weitere Solidaritätspotentiale, egal ob alte oder neue, sind aufzuzeigen und innovativ – vor Ort, digital, vernetzt, kreativ – weiterzuentwickeln. Weil die Friedensbewegung dazu einen wichtigen Beitrag leisten kann, ist sie jetzt besonders gefragt.

Prof. Dr. Michelle Becka ist Theologin und Universitätsprofessorin für Christliche Sozialethik an der Katholisch-Theologischen-Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Sie ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von pax christi.

Friedensbund Katholische Pazifist*innen Männerbewegung Vertreter*innen **Deutscher Katholiken**

katholische Integralisten

politisch interessierte der Lehre vom Intellektuelle_{Aachener} Gerechten Krieg

linkskatholischen christlichen Katholische Friedenskreuz Sozialist*innen Jugendbewegung

Deutsche Volkschaft

Die pax christi-Anfänge

Vielfältiger als oft angenommen

Jens Oboth

Wer sich für die Anfänge des deutschen pax christi-Zweiges interessiert, kommt um eine historische Persönlichkeit nicht herum: Manfred Hörhammer. Bis zum heutigen Tag bilden die Erinnerungen des Kapuzinerpaters aus München an die ersten Jahre der aus Frankreich kommenden Gebetsbewegung wichtige Identitätsmarker des deutschen Zweiges: Wie pax christi dadurch nach Deutschland kam, dass ein Freund Manfred auf dessen Weg aus der Kriegsgefangenschaft einen Stapel Zeitschriften mitgab. Wie Hörhammer, des Propagandamaterials überdrüssig, sich anfangs nicht weiter um sie kümmerte, sie gar als Toilettenpapier verwenden wollte. Wie erst sein Stiefvater Franz Xaver Hörhammer ihn auf die Brisanz des Inhalts aufmerksam gemacht hätte: Es handelte sich um die ersten Ausgaben der französischen pax christi-Zeitschrift, die zur Aussöhnung mit Deutschland aufriefen! Schnell hätten die Hörhammers im Freundes- und Bekanntenkreis Mitstreiter gewonnen, pax christi in Deutschland war geboren.

Viel mehr als Hörhammer

Die Erinnerungen Manfred Hörhammers, der bis zum seinem Tod 1985 eine emblematische Persönlichkeit innerhalb des deutschen pax christi-Zweiges darstellte, sind allerdings mit großer Vorsicht zu genießen. Dadurch, dass sie ins anekdoten- und legendenhafte abgleiten, blenden sie die zahllosen Konflikte aus, die den deutschen Zweig in seinen ersten Jahren erschütterten, lassen Personen in den Hintergrund treten, die ebenfalls erheblich beim Aufbau mitgewirkt haben. Und

nicht zuletzt verdecken sie die große Heterogenität der ersten deutschen pax christi-Mitglieder, die nämlich aus den unterschiedlichsten katholischen Vereinigungen kamen und in verschiedenen Regionen des damals in alliierte Besatzungszonen aufgeteilten besiegten Deutschlands wirkten. Ohne Zweifel kommt den Hörhammers im Erzbistum München-Freising der Verdienst zu, dort in Zusammenarbeit mit der Münchner Theatergemeinde und der "Katholischen Jungen Mannschaft" (KJM) eine mitglieder- und vor allem auch finanzstarke Bistumsgruppe aufgebaut zu haben. Aber auch noch an anderen Orten in Deutschland lassen sich ab dem Jahr 1946 emsige Aufbauarbeiten beobachten: vor allem im Saarland, wo der jugendbewegte Josef Probst einen eigenen mitgliederstarken Verband mit eigenem nationalen Status aufbaute (s. pax zeit 4 2010, S. 16f). Probst war es auch, der Hörhammer die französischen pax christi-Zeitschriften zugesteckt und ihn erst auf die Gebetsbewegung aufmerksam gemacht hatte. Ebenso kam es im Badener Raum, wohl mit Hilfe französischer Militärgeistlicher, zur Errichtung erster pax christi-Stellen, die allerdings nur kurze Zeit bestanden. So wird in einer französischen pax christi-Zeitschrift u.a. der Herder-Verlag in Freiburg als pax christi-Stelle angegeben. In Berlin war es der Geistliche Felix Hinz, der als ehemaliges führendes Mitglied des 1933 von den Nationalsozialisten aufgelösten "Friedensbundes Deutscher Katholiken" (FDK) spätestens ab 1947 damit begann, sowohl alte FDK-Kämpfer*innen zu sammeln als auch Hunderte neue pax christi-Mitglieder zu rekrutieren. In Nordrhein-Westfalen leistete einerseits die "Deutsche

Linkskatholische und Fromme

Schon jetzt wird deutlich, dass sich die Mitglieder des deutschen pax christi-Zweiges in den ersten Nachkriegsjahren nicht aus einem speziellen geistigen oder sozialen Milieu rekrutierten. Im Gegenteil: Sie konnten kaum verschiedener sein. So setzte sich der deutsche Zweig u. a. zusammen aus linkskatholischen christlichen Sozialist*innen und Abendlandbegeisterten, Pazifist*innen und Vertreter*innen der Lehre vom Gerechten Krieg, politisch interessierten Intellektuellen und unpolitischen frommen Beter*innen, katholischen Integralist*innen und Anhänger*innen der ökumenisch ausgerichteten Una-sancta-Bewegung. Die Gegensatzpaare erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Trotz aller Heterogenität gibt es aber auch verbindende Elemente der bei pax christi tonangebenden Vereinigungen. Dies ist zum einen die Prägung durch die katholische Jugendbewegung der Zwischenkriegszeit, von der sich Teile intensiv in der deutsch-französischen Verständigung engagiert hatten. Zum anderen waren viele Mitglieder der ersten Stunde durch

die "Liturgische Bewegung" geprägt, deren Zentrum die Burg Rothenfels mit ihrem geistigen Oberhaupt Romano Guardini bildete. Sie verband ein Avantgarde-Gedanke, der wichtigen Reformschritten des Zweiten Vatikanischen Konzils, wie z.B. dem Ökumene-Dekret oder der Liturgiekonstitution vorausging und der dem Elitegedanke der frühen pax christi-Bewegung in die Hände spielte.

Erfolgreiche Netzwerker*innen

Dass sich die Gebetsbewegung aus Frankreich so erfolgreich im besiegten Deutschland ausbreiten konnte, ist vor allem einer ausgesprochen virtuosen und effektiven Netzwerkarbeit ihrer Protagonist*innen zu verdanken, die an ihre Kontakte, die die Jahre der NS-Herrschaft überstanden hatten, anknüpften. Begünstigt wurde diese Netzwerkarbeit durch personelle Überscheidungen in den verschiedenen Vereinigungen, wobei u.a. Manfred Hörhammer als hyperaktiver Netzwerker eine zentrale Rolle spielte. Im April 1948 kam es schließlich im niederrheinischen Marienwallfahrtort Kevelaer zur offiziellen Gründung des deutschen pax christi-Zweiges - sie war das Ergebnis einer umfangreichen Gemeinschaftsarbeit. Die Heterogenität der Mitglieder barg für die Zukunft freilich reichlich Konfliktpotenzial, etwa in der Frage, wie politisch die eigene Friedens- und Versöhnungsarbeit sein dürfe. Weitere Forschungsarbeiten zur Frühgeschichte von pax christi in Deutschland wären zu begrüßen!

Dr. Jens Oboth hat über die Anfänge der pax christi-Bewegung dissertiert und ist in der Katholischen Akademie "Wolfsburg" im Ruhrgebiet tätig.





Der bekannteste: Pater Manfred Hörhammer links mit Bischof Théas (1958), rechts mit Wilhelm de Schmidt (1965)

Unter 18nie

Die Bundeswehr rekrutiert junge Menschen, indem Sie ungefragt Informationen über freiwilligen Dienst in der Bundeswehr nach Hause schickt. Dagegen gibt es jetzt eine kreative Aktionspostkarte an die Einwohnermeldeämter:

"Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnermeldeamtes, hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Übermittlung meiner Daten an die Bundeswehr entsprechend § 58c Absatz 1 Soldatengesetz in Verbindung mit § 18 Absatz 7 Melderechtsrahmengesetz. Falls die Daten von Ihnen schon übermittelt worden sind, fordere ich Sie auf, die Bundeswehr zu informieren, dass diese Daten unmittelbar zu löschen sind."

Verteilen Sie die Aktionspostkarten in Schulklassen, Berufschulen, Pfarrgemeinde, etc.







pax christi online erleben – die friedensbewegte Internet-Plattform

Zurücklehnen und entspannen – wir bringen pax christi

pax christi - warum eigentlich so ein "altmodischer" Name? Weshalb wirkt Gewaltfreiheit? Wieso beteiligt pax christi sich an welchen Kampagnen?

Solchen Fragen widmet sich die erste elektronische pax christi-Plattform, die am 2. Oktober 2020, dem Internationalen Tag der Gewaltfreiheit, live geht. Videos und Stimmen von Mitgliedern, aus Kommissionen und von Kampagnen zeichnen ein lebendiges Bild der pax christi-Bewegung und laden zum Mitmachen ein. Starten Sie mit uns am 2. Oktober vor den Bildschirmen und geben Sie den Link an neue und potentielle pax christi-Mitglieder weiter.

Kontakt: Rebecca Burkert, Projektreferentin für "Aktive Gewaltfreiheit", 030 - 200 76 78 15 und r.burkert@ paxchristi.de





www.paxchristi.de

ganz bequem in Ihr Zuhause!

Aktionswoche

Die Kampagne "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" veranstaltet vom 21.09.- 27.09.2020 eine Aktionswoche unter dem Motto "FRIEDEN BEGINNT HIER!". Anlass ist der Internationale Tag für den Frieden (Weltfriedenstag), der von den Vereinten Nationen jedes Jahr am 21. September begangen wird. Sie sind herzlich eingeladen genau in der Woche viele Aktivitäten für den Stopp deutscher Rüstungsexporte und die Schaffung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes zu entfalten. Material kann im pax christi-Sekretariat bestellt werden.

Meldungen aus den Kommissionen und Kampagnen

Odilo Metzler

"Mit Kampfdrohnen und Killerrobotern für gerechten Frieden?" lautet ein Dossier der Kommission Friedenspolitik in der Zeitschrift "Wissenschaft und Frieden" im Mai 2020. Die Entwicklung, Verbreitung und Verwendung militärischer Drohnen werfe militärethische Fragen auf, zu denen das Dossier Stellung nimmt.

Munitionslieferungen von Rheinmetall nach Syrien, in den Libanon und den Jemen waren Anlass für Proteste der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" am 19. Mai in Düsseldorf bei der Hauptversammlung von Rheinmetall AG. Sie forderten die "Entrüstung" des Konzerns.

Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen und die Nahost-Kommission warfen dem Baustoffkonzern HeidelbergCement zu seiner virtuellen Hauptversammlung am 4. Juni vor, dass es das klimaschädlichste DAX-Unternehmen nach RWE ist. Durch Firmentöchter und Beteiligungen würden Rechte Indigener in Indonesien und der der Westsahara missachtet und das Völkerrecht im Westjordanland gebrochen.

Zum kirchlichen Aktionstag in Büchel forderte **pax christi- Präsident Bischof Peter Kohlgraf** in einer Videobotschaft am
8. Juni den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag. Die Idee der Sicherheit durch Atomwaffen müsse endlich überwunden werden.

Nach einer Strafanzeige der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" ermittelt die Staatsanwaltschaft Kiel gegen SIG Sauer wegen illegaler Waffenexporte. Nach der Verurteilung von drei Managern im Jahr 2019 wegen illegaler Exporte von 38.000 Pistolen nach Kolumbien geht es nun um den Weg von Pistolen im Wert von mehreren Millionen Euro nach Mexiko, Kolumbien und Nicaragua.

Nach dem grausamen Tod von George Floyd in Minneapolis unterstützte die Kommission Solidarität mit Zentralafrika am 17. Juni die **Bewegung "Black Lives Matter"**. In Deutschland sei vor allem der Kampf gegen Rassismus im Bildungswesen, in der Politik und im Alltag eines jeden notwendig.



Ausführliche Meldungen: www.paxchristi.de

Einladung

zur Delegiertenversammlung vom 24.10.20 per Video-Konferenz

Wegen der aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht einschätzbaren Lage für Ende Oktober 2020 findet in diesem Jahr die Delegiertenversammlung verkürzt und auf elektronischem Wege per Videokonferenz statt. Dieser Beschluss des Bundesvorstandes entspricht Art. 2 § 5 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht. Die Amtszeit des amtierenden Bundesvorsitzenden verlängert sich entsprechend § 5 (1) dieses Gesetzes bis zur Bestellung seines Nachfolgers. Die erforderlichen Beschlussfassungen erlangen entsprechend § 5 (2) auf elektronischem Wege Gültigkeit.

Da wir in Beratungen mit den Diözesanvorständen und mit den Kommissionen bereits gute Erfahrungen mit Beratungen per Video-Konferenz gemacht haben, freuen wir uns auf das Wiedersehen in dieser Form.



Anmeldungen zur DV bitte an c.dichtl@paxchristi.de

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Deutschland in vollen Zügen genießen? Nicht in Coronazeiten! Der Bundesvorstand tagt per Video-Konferenz. Das gelingt effektiv, wenn uns auch der reale Austausch fehlt.

Aus Anlass des 75-Jahr-Gedenkens gab Präsident Bischof Peter Kohlgraf zwei wichtige Erklärungen ab: Zum 8. Mai, dem Ende des II. Weltkrieges, fordert er dazu auf, das gemeinsame Haus in Gerechtigkeit und Frieden zu gestalten und kritisiert die immer noch praktizierte Abschreckungspolitik.

Zum 6. und 9. August, den Atombombenangriffen auf Hiroshima und Nagasaki betont er die Worte des Papstes bei seinem Besuch in Japan und fordert unter dem Titel "Atomwaffen ächten noch im Jahr 2020" den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen.

"Es kommt darauf an Partner zu bleiben" erklärte der Bundesvorstand anlässlich des Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Hier wurde differenziert das Spannungsverhältnis skizziert, in dem sich Bemühungen um Frieden und Verständigung heute bewegen.

pax christi in der Diözese Freiburg

Josef Roberg

Für den Diözesanverband Freiburg ist die aktive Mitarbeit im landesweiten Bündnis "Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden" ein wichtiger Baustein der Friedensarbeit. Ziel dieses Bündnisses aus kirchlichen, friedenspolitischen und gewerkschaftlichen Organisationen in Baden-Württemberg ist es, die Gesellschaft über die Militarisierung am Beispiel Schule aufzuklären.

pax christi Freiburg kritisiert als Bündnispartner die an Jugendliche gerichteten Werbemaßnahmen der Bundeswehr sowie die Rekrutierung von Minderjährigen (unter-18-nie). Anstelle Schülerinnen und Schüler für den Dienst an der Waffe anzuwerben, sollte ihnen vielmehr vermittelt werden, wie Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden können und wie sie als nachfolgende Generation dazu beitragen können, sich für Menschenrechte einzusetzen und solidarisch zu leben. Dafür setzt sich pax christi Freiburg nun seit über 10 Jahren ein. Und das durchaus mit Erfolg.

Als solchen kann pax christi Freiburg vor allen Dingen eine am 30. Oktober 2014 mit dem Kultusministerium abgeschlossene "Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung an baden-württembergischen Schulen" verbuchen. Eine erste Konsequenz dieser Erklärung ist die im Jahr 2015 unter dem Dach der Landeszentrale für politische Bildung eingerichtete "Servicestelle Friedensbildung". Eine solche Einrichtung ist in Deutschland einmalig und besitzt Vorbildcharakter für andere Bundesländer. Ihre Angebote, etwa in der Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, werden inzwischen so gut angenommen, dass die Servicestelle fünf Jahre nach ihrer Errichtung an ihre Kapazitätsgrenzen stößt.

Hervorzuheben ist, dass pax christi Freiburg sich seit Unterzeichnung der "Gemeinsamen Erklärung" mit einem Großteil der anderen Unterzeichnerorganisationen zu einem Netzwerk Friedensbildung in Baden-Württemberg zusammengeschlossen hat und zudem im sogenannten Beirat der Servicestelle Friedensbildung deren Arbeit begleitet und unterstützt.

Und bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass das Erzbistum Freiburg auf Antrag des pax christi-Diözesanverbandes das Thema Frieden und Friedensbildung im Jahr 2018 durch die Errichtung einer halben Referentenstelle im Erzbistum gestärkt hat. In Verbindung mit der halben Stelle eines pax christi-Geschäftsführers steht somit seit zwei Jahren nun eine "volle Kraft" für das Thema Frieden und

pax christi Freiburg: Für eine Welt, die nicht auf Krieg und Rüstung, sondern auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung setzt. In der Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, Ost und West, Arm und Reich angestrebt wird. Für eine Gesellschaft, die Fremden und Flüchtlingen in Not menschenfreundliche Aufnahme bietet.



Friedensbildung im Erzbischöflichen Seelsorgeamt Freiburg zur Verfügung. Diese Stärkung des Friedensthemas kam freilich gerade zum richtigen Zeitpunkt, um das hier im südwestlichen Teil Deutschlands entwickelte Szenario "Sicherheit neu denken: Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik" der Evangelischen Landeskirche in Baden in ökumenischer Verbundenheit voranzubringen.

www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de www.friedensbildung-bw.de

Josef Roberg ist Mitglied der pax zeit-Redaktion und des Bundesvorstandes und lebt in der Diözese Köln.



gewaltfrei machtlos?

Klaus Beurle

Die Ausmaße von Gewalttaten sind entsetzlich. Erschütternd die Kriege in Syrien, Libyen, Jemen Erschreckend die Mordtaten in Kassel, in Minneapolis. Die täglichen Gewaltnachrichten erschlagen mich. Gibt es eine angemessene Reaktion darauf?

Gut 2000 Jahre ist es her, dass einer aufstand und sagte: "Liebet eure Feinde Wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halte ihm auch die andere Wange hin" (MT 5,45f). Unmöglich – sagt mir mein bloßer Menschenverstand. Jesus zeigte uns jedoch, dass es möglich ist. Er schlug nicht zurück, als sie auf ihn einschlugen, wich nicht aus, als sie ihm nach dem Leben trachteten und verzieh seinen Feinden, als sie ihn ans Kreuz nagelten. "Vater, vergib ihnen, sie wissen nicht, was sie tun." (LK 23,34).

Konnte uns Jesus seine Kernbotschaft der Feindesliebe stärker und eindringlicher vermitteln? Keiner von uns weiß, ob er sich in der Stunde, in der es darauf ankommt, gewaltfrei auf seine Feinde einlassen kann. Christ*innen werden täglich ihres Glaubens wegen angefeindet. Etwa in Pakistan wissen die Menschen, welche Konsequenzen Feindesliebe hat.

Der Zimmermannssohn hatte zu glauben gelernt, dass der Vater im Himmel "seine Sonne aufgehen lässt über Böse und Gute und es regnen lässt über Gerechte und Ungerechte" (MT 5,45). Er glaubte nicht nur theoretisch, sondern gab seinem

Glauben Fleisch und Blut, sodass Paulus an die Kolosser schreiben konnte: "... durch sein Blut am Kreuz hat er Frieden gestiftet" (KOL 1,20).

Wenn es hart auf hart kommt, will Jesus sagen, lässt Gott die Wehrlosen nicht im Stich. Der Psalmist ist sich sicher, dass Unrecht nicht das letzte Wort hat: "Die mit Tränen säen, werden mit Jubel ernten." (ps 126,6)

Gewaltfreiheit garantiert keinen Erfolg. Schmach und Erniedrigungen der Friedfertigen sind unvermeidlich. Geschichtliche Erfahrungen wirkkräftiger Gewaltfreiheit wie im Unabhängigkeitskampf Mahatma Gandhis oder in der philippinischen People Power Revolution von 1986 oder in der Dynamik der Proteste von Nelson Mandela und Martin Luther King sind nicht alltäglich. Gewaltfreiheit wächst im Stillen und Kleinen; sie kann, aber muss nicht zwingend gesellschaftsverändernd wirken. Von der Zeit der ersten Märtyrer*innen an haben Menschen jedoch unaufhörlich bezeugt, dass machtlose Gewaltfreiheit der Friedfertigen mächtiger ist als die harte Gewalt der Mächtigen. Am Horizont gewaltfreien Handelns werden Konturen eines allumfassenden gerechten Friedens erkennbar.

Klaus Beurle gehört zur Priestergemeinschaft Jesus Caritas und ist pax christi-Mitglied.



pax christi-Fact Sheet ,Widerstand und Gewaltfreiheit'

Die Entwicklungen in der Sonderverwaltungszone Hongkong sowie den Jahrestag der Studentendemonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 hat pax christi zum Anlass genommen, sich die Situation in Hongkong genauer anzuschauen.

In den vergangenen Jahren schafften es die anhaltenden Demonstrationen der Hongkonger Bevölkerung immer wieder in die Schlagzeilen. Zuletzt im Mai 2020 ausgelöst durch das vom chinesischen Volkskongress unilateral gebilligte Sicherheitsgesetz für Hongkong. Das Gesetz richtet sich gegen Aktivitäten, die als subversiv oder separatistisch eingestuft werden und ermöglicht Agent*innen des chinesischen Ministeriums für Staatssicherheit, auf Hongkonger Boden Aktivist*innen festzunehmen und Pro-Demokratie-Aktivitäten zu unterbinden.

Entstanden ist ein Fact Sheet zur Situation in Hongkong, das wir allen interessierten Leser*innen auf unserer Homepage zum Download zur Verfügung stellen. Dort finden Sie auch andere Fact Sheets zu den Themen Krieg und Umwelt, Rüstungsexportkontrolle und Ächtung von Atomwaffen.

Spenden unterstützen pax christi

pax christi – Deutsche Sektion e.V.

Pax-Bank eG

IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10

BIC GENODED1PAX

Verwendungszweck: Frieden spenden